

Wirtschafts- und Steuerstrafrecht

Momsen / Grütznert

2. Auflage 2020
ISBN 978-3-406-72848-8
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Momsen/Grützner
Wirtschafts- und Steuerstrafrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Wirtschafts- und Steuerstrafrecht

Handbuch für die Unternehmens- und
Anwaltspraxis

Herausgegeben von

Dr. Carsten Momsen

o. Professor an der Freien Universität Berlin

und

Dr. Thomas Grützner

Rechtsanwalt in München, Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Auflage 2020



Zitiervorschlag:
Momsen/Grützner WirtschaftsStrafR-HdB/Bearbeiter Kap. ... Rn. ...

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72848 8

© 2020 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: 3w+p GmbH, Rimpfing
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Knapp acht Jahre nach Erscheinen der 1. Auflage gilt das dort Gesagte in gleicher Weise: Das Wirtschaftsstrafrecht hat Konjunktur. Jedoch haben sich in der Zwischenzeit nicht nur viele gesetzliche Grundlagen zum Teil erheblich verändert, es sind auch neue Gesetze hinzugekommen. Sogar noch nicht umgesetzte Vorhaben, wie das sog. „Verbandssanktionengesetz“ dominieren bereits während des Gesetzgebungsprozesses die Diskussion und haben schon Auswirkungen auf die Praxis der Wirtschaftsstrafverfahren und darauf, wie sich Unternehmen auf die Vermeidung von Straftaten ihrer Mitarbeiter vorbereiten. Neben einer Vielzahl neuer und veränderter gesetzlicher Regelungen war in erheblichem Umfang neue Rechtsprechung und Literatur zu berücksichtigen. Zudem zeigte sich relativ rasch nach Erscheinen der 1. Auflage, dass eine Beschränkung auf das eigentliche Wirtschaftsstrafrecht unter Ausparung insbesondere des Steuerstrafrechts gerade für die Zielgruppe der Unternehmens- und Anwaltspraxis nicht optimal ist. Aus diesem Grund wurde das Handbuch für die 2. Auflage in Umfang und Titel erweitert. In einigen Bereichen hat sich seit dem Erscheinen der 1. Auflage der Fokus der Praxis bzw. der Diskussion verändert. Exemplarisch sei der Bereich der „Human Rights Compliance/Due Diligence“ genannt. Hierdurch betraten teilweise neue Akteure die Bühne wie bspw. Non – Profit Organisationen. Das neue Recht der Vermögensabschöpfung im Strafverfahren hat genau wie das Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung, die verschiedenen Geldwäsche- und GWB-Novellen sowie die beiden Gesetze zur Bekämpfung der Korruption (im Gesundheitswesen) ebenfalls erheblichen Anpassungsbedarf zur Folge gehabt. Schließlich hat die über den nationalen Bereich hinausgehende Verflechtung von Unternehmen und Wirtschaftsaktivitäten zu einer noch stärkeren Berücksichtigung internationaler und ausländischer Regelungen geführt. Der Schwerpunkt liegt auf dem US-amerikanischen Rechtsraum sowie dem der Europäischen Union. Die Struktur des Handbuchs bleibt unverändert, wiederum finden aktuelle Entwicklungen eine herausgehobene Darstellung. Der bereits angesprochene Referentenentwurf zum Verbandssanktionengesetz aus dem BMJV vom 15.8.2019 wird in einigen Beiträgen, die von den geplanten Regelungen im Falle ihrer Umsetzung besonders intensiv betroffen wären, gesondert diskutiert, um den Leserinnen und Lesern des Handbuchs eine Richtungsweisung zu geben. Vereinzelt flossen noch Erkenntnisse aus dem (dann offiziellen) Referentenentwurf aus dem April und dem Regierungsentwurf aus dem Juni 2020 ein. Die Autorinnen und Autoren der 1. Auflage haben sich zum größten Teil auch an der 2. Auflage beteiligt, zum Teil sind Co-Autorinnen und -autoren mit hinzugetreten, welche die Beiträge durch neue und spezifische Kompetenzen bereichern. Für die neuen Kapitel konnten wir erfreulicherweise ebenfalls sehr kompetente Autorinnen und Autoren finden.

Die Herausgeber bedanken sich beim Verlag C.H.Beck, insbesondere bei Frau Susanne Loder für das umsichtige und kompetente Lektorat, sowie bei den hilfreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Berlin und München, namentlich bei Frau Dr. Laura Iva Savić, Frau Melika Shafii und Herrn Marco Willumat.

Das Werk befindet sich in der 2. Auflage auf einem Bearbeitungsstand des Frühjahrs 2020. Autoren und Herausgeber wünschen dem Werk auch in der 2. Auflage eine gute Aufnahme.

Berlin und München im Juni 2020

*Carsten Momsen
Thomas Grützner*

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Das Wirtschaftsstrafrecht hat Konjunktur. Globalisierung und Vernetzung des Wirtschaftsverkehrs steigern die Komplexität der Materie stetig. Bessere Ausstattung der Ermittlungsbehörden, kriminalpolitische Fokussierung und gewonnene Erfahrungen führen zu einer steigenden Anzahl eingeleiteter Ermittlungsverfahren, in deren Mittelpunkt Unternehmen stehen. Damit erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, Wirtschaftsstraftaten aufzudecken und zu sanktionieren. Die Unternehmen begegnen den Risiken – zum Teil unter erheblichem personellem und finanziellem Aufwand – durch eine massive Aufwertung von internen Präventionsmechanismen, wie insbesondere dem Aufbau effektiver Compliance-Strukturen. Entsteht intern der Verdacht von Wirtschaftskriminalität, werden zugleich in wachsender Zahl nachhaltige unternehmensinterne Untersuchungen eingeleitet und durchgeführt, nicht zuletzt um Haftungsrisiken zu begrenzen. In dem hierdurch entstehenden Spannungsfeld verschiedener Interessen wächst der Bedarf an wirtschaftsstrafrechtlicher Kompetenz im Unternehmen und in der Anwaltspraxis. Dem trägt dieses Handbuch durch einen die Perspektive von Unternehmen in besonderer Weise berücksichtigenden Ansatz Rechnung. Es orientiert sich an der Struktur der in Rechtsabteilungen von Unternehmen und Wirtschaftskanzleien üblichen Aufteilung in Tätigkeitsfelder und Rechtsgebiete. Es ermöglicht dem Leser damit einen direkten Zugang zu spezifischen Fragestellungen der gesamten Bandbreite des Wirtschaftsstrafrechts. Innerhalb der jeweiligen Tätigkeitsfelder rücken die Bearbeiter die in der Praxis besonders relevanten Aspekte in den Mittelpunkt der wissenschaftlich fundierten Darstellung.

Neben einer ausführlichen Darstellung von Haftungsregime und Haftungsrisiken von Unternehmen bei Wirtschaftsdelikten werden gezielt Schwerpunkte gesetzt (bspw. Compliance, Interne Ermittlungen, Bank- und Kapitalmarktrecht, Kartellrecht und Wettbewerbsschutz, Korruptionsbekämpfung). Ihrer wachsenden praktischen Bedeutung entsprechend, werden daneben auch wirtschaftsstrafrechtliche Fragestellungen in anderen Bereichen des Wirtschaftsrechts behandelt, wie bspw. das Arbeitsstrafrecht, das Arznei- und Lebensmittelstrafrecht, strafrechtliche Produkthaftung, Umweltstrafrecht, Außenwirtschaftsstrafrecht und Kriegswaffenkontrollrecht.

Eine Einführung zu den einzelnen Beiträgen ermöglicht dem Leser den sofortigen Zugriff auf aktuelle Rechtsprechung und Rechtsentwicklung. Der Blick richtet sich hier unmittelbar auf die im Fluss befindliche Diskussion, so dass bereits in der Einführung erste Anknüpfungspunkte für eine kompetente und innovative Interessenvertretung aufgezeigt werden.

Die Herausgeber bedanken sich beim Verlag C.H. Beck und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Hannover und München, insbesondere bei Herrn Andreas Onk (Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht und Wirtschaftsstrafrecht in Hannover) sowie Frau Cigdem Urcarkus (Baker & McKenzie, München). Weiterhin danken wir unseren Mitarbeitern Sebastian Laudien und Laura Savic, beide Hannover, sowie Herrn Matthias Ziegelmeiner, München, für die Hilfe bei der Erstellung der Verzeichnisse.

Das Werk befindet sich auf einem Bearbeitungsstand des Sommers 2012. Autoren und Herausgeber wünschen dem Werk eine gute Aufnahme.

Hannover und München im Juli 2012

*Carsten Momsen
Thomas Grützner*

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VI
Inhaltsverzeichnis	IX
Bearbeiterverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLIII

Kapitel 1. Haftungsregime und Haftungsrisiken von Unternehmen bei Wirtschaftsdelikten

§ 1 Kriminologische Befunde zur Wirtschaftskriminalität und ihrer Kontrolle (<i>Dessecker</i>)	1
§ 2 Grundstrukturen strafrechtlicher Verantwortlichkeit im Wirtschaftsverkehr (<i>Rotsch</i>)	14
§ 3 Haftungsstrukturen im Unternehmen (<i>Momsen</i>)	70
§ 4 Spezifische Strafbarkeitsrisiken bei Gründung, Betrieb und Beendigung eines Unternehmens sowie beim Unternehmenskauf (<i>Momsen</i>)	109
§ 5 Die Vermögensabschöpfung im Strafrecht und im Recht der Ordnungswidrigkeiten (<i>Köhler</i>)	126
§ 6 Bekämpfung wirtschaftsstrafrechtlicher Verhaltensweisen in der Europäischen Union (<i>Ellermann/Rexin</i>)	148

Kapitel 2. Grundlagen von Corporate Compliance

§ 7 Prävention strafrechtlicher Risiken durch strafrechtlich wirksame Compliance Maßnahmen (<i>Gilch/Weist</i>)	165
§ 8 Anmerkungen zur Rolle der Internen Revision bei der Sicherstellung von Compliance am Beispiel der Prüfung des <i>System of Governance</i> (<i>Jakob/Jeker</i>)	184
§ 9 Compliant Compliance = Ausgewählte Grenzen maximaler Kontrolle (<i>Schmidl</i>)	210

Kapitel 3. Unternehmensperspektive, staatsanwaltschaftliche Ermittlung und Verteidigungsstrategie

§ 10 Das Unternehmen als Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen – Unternehmensperspektive (<i>Klahold/Berndt</i>)	251
§ 11 Ermittlungen gegen Unternehmen – Staatsanwaltschaftliche Perspektive (<i>Moldenhauer</i>)	286
§ 12 Ermittlungen gegen Unternehmen – Verteidigungsstrategien (<i>von Döllen</i>)	310
§ 13 Die Strafrechtsabteilung im Unternehmen (<i>Kunze</i>)	347
§ 14 Deferred Prosecution Agreements und Non-Prosecution Agreements (<i>Momsen/Helms/Washington</i>)	364
§ 15 U.S. Legal Privilege (<i>Baus/Bartz</i>)	381

Kapitel 4. Interne Ermittlungen

§ 16 Interne Ermittlungen – Leitfaden für die Praxis (<i>Grützner/Klaas/Wybitul</i>)	395
§ 17 Umgang mit Daten bei internen Ermittlungen (<i>Salzmann/Fritzsche</i>)	578

Kapitel 5. Betrugs- und Untreuekonstellationen

§ 18 Betrug im Wirtschaftsverkehr (<i>Schröder</i>)	597
§ 19 Untreue, § 266 StGB (<i>Schramm</i>)	712

Kapitel 6. Bank- und Kapitalmarktstrafrecht

§ 20 Banking & Finance (<i>Altenhain</i>)	785
§ 21 Marktmissbrauch (<i>Hohn</i>)	845
§ 22 Bilanzstrafrecht außerhalb der Krise (<i>Momsen/Laudien</i>)	999
§ 23 Aufsichts-, Ermittlungs- und Sanktionsbefugnisse der Finanzmarktaufsicht (<i>Laudien</i>)	1044

Kapitel 7. Kartellrecht und Wettbewerbsschutz

§ 24 Kartellrecht (<i>Wrede/Theurer/Prechtel/Schulz</i>)	1062
§ 25 Kartellrechtliche Schadensersatzansprüche (<i>Kredel/Brueckner</i>)	1128
§ 26 Gewerblicher Rechtsschutz – UWG (<i>Heghmanns</i>)	1140
§ 27 Strafbare Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums (außerhalb des UWG) (<i>Koch</i>)	1171

Kapitel 8 Insolvenzstrafrecht

§ 28 Insolvenzstrafrecht (<i>Rotsch/Wagner</i>)	1183
---	------

Kapitel 9. Korruptionsbekämpfung

§ 29 Korruptionsprävention (<i>Schmittmann/Schürmann</i>)	1299
§ 30 Korruption – Strafrecht, Zivilrecht, Steuerrecht, Vergaberecht (<i>Grützner/Behr/Cordes</i>)	1334
§ 31 Korruption im Gesundheitswesen (<i>Krüger</i>)	1484
§ 32 Sponsoring und Strafrecht – Ein Überblick anhand von Beispielen (<i>Voigtel</i>)	1498
§ 33 Der U.S.-amerikanische Foreign Corrupt Practices Act (<i>Yannett/Schürle</i>)	1513
§ 34 UK Bribery Act 2010 (<i>Grützner/Behr</i>)	1581

Kapitel 10. Wirtschaftsstrafrecht in Sondergebieten

§ 35 Arbeitsstrafrecht (<i>F. Meyer/M. Meyer</i>)	1593
§ 36 Arznei- und Lebensmittelstrafrecht (<i>Krüger/Wengenroth</i>)	1645
§ 37 Außenwirtschaftsstrafrecht (<i>F. Meyer/S. D. Hüttemann</i>)	1669
§ 38 Geldwäschestrafrecht (<i>Boerger</i>)	1704
§ 39 Kriegswaffenkontrollrecht (<i>Heinrich</i>)	1750
§ 40 Produkthaftung und Strafrecht – Strafrechtliche Haftung für Betriebsunfälle und Schäden beim Bau (<i>Voigtel</i>)	1784
§ 41 Umweltstrafrecht (<i>Ventura-Heinrich</i>)	1822

Kapitel 11 Steuerstrafrecht

§ 42 Steuerstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht (<i>Cordes</i>)	1841
--	------

Stichwortverzeichnis	1905
----------------------------	------

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VI
Inhaltsübersicht	VII
Bearbeiterverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLIII

Kapitel 1. Haftungsregime und Haftungsrisiken von Unternehmen bei Wirtschaftsdelikten

§ 1 Kriminologische Befunde zur Wirtschaftskriminalität und ihrer Kontrolle (<i>Dessecker</i>)	1
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	2
II. Begriff der Wirtschaftskriminalität	3
1. Formelle Begriffsbestimmungen	3
2. Materielle Begriffsbestimmungen	4
III. Polizeiliche Erkenntnisse	5
1. Daten der polizeilichen Kriminalstatistik und des Bundeslagebilds Wirtschaftskriminalität	5
2. Grenzen polizeilicher Daten	7
IV. Justizstatistiken	8
V. Ausgewählte Ergebnisse empirischer Forschungen	8
1. Befragungen von Unternehmen	8
2. Tätertypologien	10
3. Strafverfahren in Wirtschaftsstrafsachen	10
4. Analysen einzelner Deliktsformen	12
§ 2 Grundstrukturen strafrechtlicher Verantwortlichkeit im Wirtschaftsverkehr (<i>Rotsch</i>)	14
I. Begriff und Bedeutung des Wirtschaftsstrafrechts	18
1. Kriminologischer Begriff des Wirtschaftsstrafrechts	19
2. Strafrechtsdogmatischer Begriff des Wirtschaftsstrafrechts	20
3. Strafprozessualer Begriff des Wirtschaftsstrafrechts	20
4. Neuere Definitionsversuche	21
5. Kombinationsansätze	22
6. Bedeutung der Begriffsklärung	23
II. Allgemeine Prinzipien des Wirtschaftsstrafrechts	23
1. Sonderdelikte	24
2. Abstrakte Gefährdungsdelikte	25
3. Blanketttatbestände	26
4. Generalklauseln und wirtschaftliche Auslegung	28
5. Schein- und Umgehungshandlungen	30
6. Fahrlässigkeit und Leichtfertigkeit	31
7. Auffang- und Aufgreiftatbestände	32
8. Ultima ratio-Gedanke, fragmentarischer Charakter des Strafrechts und Wirtschaftsstrafrecht	33
III. Rechtsquellen und Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	34
IV. Allgemeiner Teil des Wirtschaftsstrafrechts	35
1. Das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem Teil des StGB	35

Inhaltsverzeichnis

2. Tatbestandslehre	36
3. Rechtswidrigkeit	56
V. Die Divisionalisierung des Strafrechts und ihre Konsequenzen	61
VI. Verantwortlichkeit von Unternehmen	63
VII. Criminal Compliance	65
§ 3 Haftungsstrukturen im Unternehmen (<i>Momsen</i>)	70
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	72
II. Risikozuordnung	76
III. Strafrechtliche Haftung der Akteure eines Unternehmens	76
1. Strafrechtliche Haftung auf der Ebene der Geschäftsleitung	76
2. Strafrechtliche Haftung auf der Kontrollebene (Aufsichtsrat)	99
3. Strafrechtliche Haftung des Compliance Officers	103
4. Strafrechtliche Haftung von Mitarbeitern	105
§ 4 Spezifische Strafbarkeitsrisiken bei Gründung, Betrieb und Beendigung eines Unternehmens sowie beim Unternehmenskauf (<i>Momsen</i>)	109
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	110
II. Gründung eines Unternehmens	111
1. Gründungsschwindel – §§ 82 Abs. 1 GmbHG, 399 AktG	111
2. Akzessorietät	111
III. Betrieb eines Unternehmens	111
1. Unrichtige Darstellung – §§ 331 ff. HGB	111
2. Geschäftslagetäuschung – §§ 82 Abs. 2 Nr. 2 GmbHG, 400 AktG, 147 Abs. 2 GenG	112
3. Gesellschaftsrechtliche Untreue	112
4. Schutz des Arbeitsmarkts	115
5. Steuerhinterziehung	116
IV. Stilllegung/Abwicklung eines Unternehmens	116
1. Insolvenzverschleppung	116
2. Entnahmen aus dem GmbH-Vermögen und Konzernuntreue	117
3. Bankrottdelikte – §§ 283 ff. StGB	117
4. Vorenthalten von Beiträgen – § 266a StGB	118
5. Übergabe an sog. „Firmenbestatter“	119
V. Unternehmenskauf, Due Diligence und Insiderstrafbarkeit	119
1. Untreue – § 266 StGB	119
2. Insiderdelikte	121
§ 5 Die Vermögensabschöpfung im Strafrecht und im Recht der Ordnungswidrigkeiten (<i>Köhler</i>)	126
I. Einführung	127
II. Zweck und Rechtscharakter der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung	128
III. Grundzüge der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung	128
1. Gesetzliche Bezeichnung	128
2. Geltung	128
3. Wesen	129
4. Vollstreckung	129
5. Gerichtliche Anordnung	130
6. Erweiterte Vermögensabschöpfung (§§ 73a und 76a Abs. 4 StGB)	130
7. Ausschluss, Verjährung, unbillige Härten und Entreicherung	131
8. Verfahrensrecht	132
9. Übergangsvorschriften	133
10. Verschlechterungsverbot	133

IV. Materiell-rechtliche Fragen	134
1. Einziehung des Tatertrages und des Wertes des Tatertrages bei Tätern und Teilnehmern (§ 73 Abs. 1 und § 73c StGB)	134
2. Die Einziehung von Taterträgen bei anderen (§ 73b StGB)	140
3. Die Einziehung von Nutzungen und Surrogaten	142
4. Abschöpfung bei mehreren Einziehungsbeteiligten – Frage der Gesamtschuld	143
5. Ausschluss der Einziehung (§ 73e Abs. 1 StGB)	143
V. „Verzicht“, Verständigung, Vollstreckung, Verteidigung	144
1. „Formlose“ Vermögensabschöpfung durch „Verzicht“	144
2. Verständigung (§ 257c StPO)	145
3. Vollstreckung	145
VI. Vermögensabschöpfung und Insolvenzverfahren	145
1. Beschlagnahme (§ 111d Abs. 1 StPO)	145
2. Vermögensarrest	146
VII. Grundzüge der Opferentschädigung	146
1. Entschädigung bei Einziehung des Tatertrages	146
2. Entschädigung bei Einziehung des Wertes des Tatertrages	147
VIII. Vermögensabschöpfung und Ordnungswidrigkeiten	147
1. Einziehung des Wertes des Tatertrages (§ 29a OWiG)	147
2. Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen (§ 30 OWiG)	147
§ 6 Bekämpfung wirtschaftsstrafrechtlicher Verhaltensweisen in der Europäischen Union (<i>Ellermann/Rexin</i>)	148
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	148
II. Bekämpfung wirtschaftsstrafrechtlicher Verhaltensweisen in der Europäischen Union	149
1. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	150
2. Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol)	152
3. Agentur der Europäischen Union für die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)	158
4. Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTA)	160
Kapitel 2. Grundlagen von Corporate Compliance	
§ 7 Prävention strafrechtlicher Risiken durch strafrechtlich wirksame Compliance Maßnahmen (<i>Gilch/Weist</i>)	165
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	166
II. Compliance Maßnahmen	167
1. Einführung	167
2. Aufbauorganisation Compliance	169
3. Prozess zur Steuerung von Compliance Risiken	174
III. Fazit	183
§ 8 Anmerkungen zur Rolle der Internen Revision bei der Sicherstellung von Compliance am Beispiel der Prüfung des <i>System of Governance</i> (<i>Jakob/Jeker</i>) ...	184
I. Einleitung	185
II. Die Interne Revision als Instrument der Haftungsvermeidung	187
1. KonTraG	187
2. Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK)	188
3. 8. EU-Richtlinie	190
4. Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG)	191

5. Revisionsstandards des Deutschen Instituts der Internen Revision (DIIR)	191
6. Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW)	192
III. Aktuelle Anforderungen an die Interne Revision	194
IV. Exkurs: Die Revision – Goldfischteich oder Friedhof der Kuscheltiere?	195
V. Die risikoorientierte Prüfungsplanung als wesentliches Element einer wirksamen Revisionsfunktion	195
1. Risikoanalyse	196
2. Audit Universe	197
3. Prüfungsarten	197
VI. Blick in die Praxis: Durchführung eines Compliance-Audit des Governance-Systems	200
1. Klärung Prüfungsauftrag	200
2. Festlegung Prüfungsteam	201
3. Vorbereitung	201
4. Prüfungsdurchführung	202
5. Vorab- und Endbericht	208
6. Nachbereitung und Follow-Up	208
VII. Zusammenfassung: Was vom Tage übrig bleibt	209
§ 9 Compliant Compliance – Ausgewählte Grenzen maximaler Kontrolle (<i>Schmidl</i>)	210
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	212
1. Übererfüllung von Compliance-Bemühungen	212
2. Arbeitnehmer- und Drittrechte als Schranken	213
3. Eignung einer Maßnahme	214
II. E-Mail-Filterung im Lichte von §§ 206, 303a StGB	215
1. Auswirkungen von § 206 StGB im Bereich der E-Mail-Filterung ...	215
2. Regelungsgehalt und Auswirkungen von § 303a StGB	225
3. Lösungsansätze	226
III. Whistleblowing im Lichte des Datenschutzrechts	227
1. Zentrale Anforderungen des Datenschutzrechts	227
2. Ausgewählte Auswirkungen auf das Whistleblowing	230
3. Lösungsansätze	232
IV. Screening von E-Mail und Internetverkehrsdaten sowie Ortung des Beschäftigten	233
1. Screening von E-Mail	233
2. Screening von Internetverkehrsdaten	236
3. Ortung des Beschäftigten	238
V. Totalüberwachung im Lichte von Art. 1 Abs. 1 iVm Art. 2 Abs. 1 GG und sonstige Grenzen	240
1. Grenzen der Überwachung aus Art. 1 Abs. 1 iVm Art. 2 Abs. 2 GG ..	240
2. Auswirkungen auf typische Maßnahmen	241
3. Zusätzlicher Schutz bei Telefon- und Videoüberwachung	242
VI. Kontrollmaßnahmen im Lichte des IT-Grundrechts	244
1. Schutzbereich des IT-Grundrechts	244
2. Auswirkungen auf Kontrollmaßnahmen	246
VII. Sonstige Folgen unzulässiger Kontrollmaßnahmen	247
1. Beweisrechtliche Folgen	247
2. Reputationsverlust	249
3. Maßnahmen von Aufsichtsbehörden	250
4. Sonstige Ansprüche und Rechte der Betroffenen	250
5. Strafrechtliche und ordnungswidrigkeitenrechtliche Folgen	250

Kapitel 3. Unternehmensperspektive, staatsanwaltschaftliche Ermittlung und Verteidigungsstrategie

§ 10 Das Unternehmen als Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen – Unternehmensperspektive (*Klahold/Berndt*) 251

 I. Einleitung und aktuelle Entwicklung 253

 II. Unternehmen und Ermittlungen wegen Straftaten zum Nachteil des Unternehmens 255

 1. Strafanzeige/Strafantrag durch das Unternehmen 256

 2. Akteneinsicht gemäß §§ 406e, 475 StPO 259

 3. Unternehmen als Begünstigter der Opferentschädigung gemäß §§ 459h ff. StPO, § 111i StPO 260

 4. Unternehmen als Nebenkläger gemäß §§ 395 ff. StPO oder als Privatkläger gemäß §§ 374 ff. StPO 262

 III. Unternehmen und Ermittlungen wegen Straftaten aus falsch verstandenem Interesse des Unternehmens 264

 1. Durchsuchung und Beschlagnahme gemäß §§ 103, 98 StPO 265

 2. Unternehmensvertretung/Koordination der Verteidigung 267

 3. Verbandsgeldbuße gemäß § 30 OWiG 269

 4. Strafrechtliche Vermögensabschöpfung gemäß §§ 73 ff. StGB 271

 5. Weitere drohende Nebenfolgen 273

 IV. Compliance 275

 1. Allgemeines 275

 2. Regelungsbereiche und Elemente von Compliance-Programmen 277

 3. Aufbau- und Ablauforganisation und die Rolle des Compliance Officers 280

 4. Insbesondere Compliance-Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung 281

 5. Compliance-Maßnahmen unter dem Eindruck drohender oder laufender Ermittlungen 282

§ 11 Ermittlungen gegen Unternehmen – Staatsanwaltschaftliche Perspektive (*Moldenhauer*) 286

 I. Einleitung und aktuelle Entwicklung 287

 II. Strafverfahren 288

 1. Kenntnis 288

 2. Verfahrenseinleitung 289

 3. Abgrenzung und Unterschied zu Erhebungen 289

 4. Strafanzeige 290

 5. Strafantrag 291

 6. Beschuldigte 292

 7. Unternehmensjurist 293

 8. Durchsuchung 293

 9. Kenntnis des Tatvorwurfs 296

 10. Akteneinsicht des Unternehmens 296

 11. Auskünfte über den Arbeitnehmer 297

 12. Beendigung des Verfahrens 298

 13. Einstellung aus Gründen der Legalität 299

 14. Einstellung aus Gründen der Opportunität 299

 15. Anklage 301

 III. Verständigung 302

 1. Begriff der Verständigung 303

 2. Zeitpunkt der Verständigung 303

 3. Initiative zur Verständigung 304

 4. Beteiligte der Verständigung 304

5. Gegenstand der Verständigung	304
6. Zustandekommen der Verständigung	308
7. Bindungswirkung der Verständigung	308
§ 12 Ermittlungen gegen Unternehmen – Verteidigungsstrategien (<i>von Döllen</i>)	310
I. Einleitung	310
II. Besonderheiten von Wirtschaftsstrafsachen	311
III. Klärung der Rollen	312
IV. Verteidigungsmöglichkeiten im Ermittlungsverfahren	313
1. Verteidigungsmöglichkeiten gegen prozessuale Zwangsmaßnahme ...	314
2. Vermeidung einer Hauptverhandlung	329
3. Gestaltung und Begrenzung des Streitstoffs durch Teileinstellungen ..	334
4. Nebenfolgen	335
5. Verteidigung und Presse	337
V. Zwischenverfahren	338
1. Einlassung oder nicht	339
2. Mängel der Anklage	340
VI. Hauptverhandlungsstrategien	341
1. Absprachen	341
2. Verfahrensbeendigung ohne Urteil	343
3. Verfahrensbeendigung mit Urteil	343
4. Übergang ins Strafbefehlsverfahren	344
5. Besonderheit der Hauptverhandlung in Steuerstrafsachen	345
6. Konfliktverteidigung?	345
§ 13 Die Strafrechtsabteilung im Unternehmen (<i>Kunze</i>)	347
I. Ausgangslage: Zunehmende regulatorische Anforderungen verlangen Spezialisierungen	347
II. Überblick: Beratungsportfolio einer Strafrechtsabteilung	348
III. Auskunftersuchen	350
1. Prüfungsumfang	351
2. Rechtsgrundlagen	351
3. Inhaltliche Anforderungen	352
IV. Akteneinsichtsgesuche	353
V. Strafrechtliche Beratung zu Erkenntnissen aus dem Hinweisgebersystem	353
1. Interne Aufarbeitung	354
2. Konsequenzenmanagement	355
3. Gerne vernachlässigt: Schadenswiedergutmachung	356
VI. Strafrechtliche Produkthaftung	358
VII. „Know your customer“ – Strafrechtliche Beratung im Bereich der Geldwäscheprävention	359
VIII. Antizipation – Insbesondere vor dem Hintergrund eines VerSanG	360
IX. Schnittstellen und notwendige Abgrenzung zu anderen Unternehmensfunktionen	361
X. Organisatorische Anhängung strafrechtlicher Beratung	362
XI. Fazit	363
§ 14 Deferred Prosecution Agreements und Non-Prosecution Agreements (<i>Momsen/Helms/Washington</i>)	364
I. Einleitung	365
II. Historische Entwicklung	366
1. Memoranda zwischen 1999 und 2003	366
2. The Morford Memorandum (März 2008)	367
3. The Grindler Memorandum (Mai 2010)	369

4. UK DPA Legislation	369
III. Deferred Prosecution and Non-Prosecution Agreements – Begriffserklärung und Verfahrenszweck	370
1. Deferred Prosecution Agreement (DPA)	371
2. Non-Prosecution Agreements (NPA)	375
IV. Ausblick – Einsatz entsprechender Instrumente im deutschen Strafverfahren?	376
1. „Ob“?	377
2. „Wie“?	377
V. Probleme und Risiken in der Praxis	379
VI. Zusammenfassung	380
§ 15 U.S. Legal Privilege (<i>Baus/Bartz</i>)	381
I. Einleitung	381
II. Attorney-Client Privilege	382
1. Kommunikation (Communication)	383
2. Zwischen Mandant (Client) und Anwalt (Attorney)	383
3. Rechtsrat (Legal Advice)	384
4. Vertraulichkeit (In Confidence)	385
5. Ausnahmen	385
6. Einzelfragen	386
III. Schutz der Arbeitsergebnisse (Work Product Doctrine)	388
1. Geschützte Materialien (Material)	388
2. Für oder von einer Partei erstellt (By Or For Another Party)	389
3. In Erwartung eines Rechtsstreits (In Anticipation of Litigation)	389
4. Ausnahmen von der Work Product Doctrine	390
IV. Freiwillige und unfreiwillige Aufgabe des Legal Privilege (Waiver)	391
1. Freiwillige Offenlegungen und Subject Matter Waiver	391
2. Unbeabsichtigte Offenlegung (Inadvertent Disclosure)	392
3. Verzicht auf den Schutz des Arbeitsergebnisses (Waiver of Work Product Protection)	392
Kapitel 4. Interne Ermittlungen	
§ 16 Interne Ermittlungen – Leitfaden für die Praxis (<i>Grützner/Klaas/Wybitul</i>)	395
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	405
1. Was sind interne Ermittlungen?	407
2. Warum sind interne Ermittlungen wichtig?	407
II. Die Haftung des Unternehmens und der Geschäftsleitung bei Rechtsverstößen als Grundlage der Pflicht zur Einleitung von internen Ermittlungen	410
1. Die Haftung des Unternehmens bei Rechtsverstößen der Geschäftsleitung oder von Mitarbeitern	410
2. Die Haftung der Geschäftsleitung bei Rechtsverstößen von Mitarbeitern	417
3. Pflicht zur Einleitung von internen Ermittlungen	419
III. Vorfrage: Der Umgang mit den Behörden	429
1. Parallele interne Untersuchung und staatliches Ermittlungsverfahren	430
2. Einleitung einer internen Untersuchung infolge eines staatlichen Ermittlungsverfahrens	431
3. Kooperation ohne laufende Ermittlungsverfahren?	431
IV. Einleitung interner Ermittlungen	434
1. Die acht Schritte interner Ermittlungen	435

2. Schritt 1: Schaffung von Anlaufstellen und rechtliche Prüfung der erhaltenen Hinweise auf hinreichende Substantiierung des Vorwurfs („Verdachtsprüfung“)	435
3. Schritt 2: Einleiten der internen Ermittlung	441
4. Schritt 3: Aufstellen eines Untersuchungsplans	442
5. Schritt 4: Die Durchführung einer internen Ermittlung	451
V. Abschluss der internen Ermittlung und Folgemaßnahmen	550
1. Schritt 5: Abschlussbericht über die Untersuchungsergebnisse und Vorschläge für erforderliche Maßnahmen	550
2. Schritt 6: Information der zuständigen Stellen des Unternehmens und des Beschwerdeführers	556
3. Schritt 7: Nachverfolgung der vorgeschlagenen Maßnahmen (vgl. Schritt 5)	557
4. Schritt 8: Analyse der Ergebnisse der Ermittlung mit Blick auf die Prozesse des Unternehmens; Implementierung von Maßnahmen zur Prozessoptimierung; Nachverfolgung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Prozessoptimierung auf deren Wirksamkeit und Effektivität	573
VI. Checkliste zur Durchführung interner Ermittlungen	575
§ 17 Umgang mit Daten bei internen Ermittlungen (<i>Salzmann/Fritzsche</i>)	578
I. Einleitung	578
II. Datenidentifikation	579
III. Datensicherung	583
IV. Überblick häufig untersuchungsrelevanter Daten	589
1. Mitarbeiterdaten	589
2. Systemdaten	591
3. IT-Systeme, Geräte und Datenträger	592
V. Datenanalyse	594
VI. Ausblick	596
Kapitel 5. Betrugs- und Untreuekonstellationen	
§ 18 Betrug im Wirtschaftsverkehr (<i>Schröder</i>)	597
I. Betrug, § 263 StGB	604
1. Einleitung und aktuelle Entwicklungen	604
2. Rechtsgut und praktische Bedeutung der Vorschrift	606
3. Tatbestandliche Risikoverteilung für Informationsasymmetrien	607
4. Einfluss des Europäischen Strafrechts	608
5. Tatbestand des § 263 StGB	612
6. Konkurrenzen	660
7. Wahlfeststellung und Postpendenz	662
8. Exemplarische Darstellung weiterer wirtschaftsstrafrechtlich relevanter Betrugskonstellationen	663
II. Subventionsbetrug, § 264 StGB	675
1. Rechtsgut und praktische Bedeutung der Vorschrift	676
2. Tatbestandsstruktur des § 264 StGB	678
3. Konkurrenzen	698
III. Kapitalanlagebetrug, § 264a StGB	698
1. Rechtsgut und praktische Bedeutung der Vorschrift	698
2. Tatbestandsstruktur des § 264a StGB	700
3. Verjährung	706
4. Konkurrenzen	706
IV. Verleitung zu Börsenspekulationsgeschäften, §§ 49, 26 BörsG	707
1. Rechtsgut und praktische Bedeutung der Vorschrift	707

2. Tatbestandsstruktur der §§ 49, 26 BörsG	708
3. Konkurrenzen	710
§ 19 Untreue, § 266 StGB (<i>Schramm</i>)	712
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	719
1. Bedeutung für das Wirtschaftsstrafrecht	719
2. Rechtsgut	720
3. Deliktsnatur	720
4. Die Struktur der Norm	721
5. Zur Verfassungskonformität der Norm	723
6. Geschichte der Norm	725
7. Reformbedarf	726
8. Prüfungsprogramm	727
II. Fremdes Vermögen als Angriffsobjekt	727
III. Die Tathandlungen	729
1. Der Missbrauchstatbestand	730
2. Der Treubruchstatbestand	749
3. Einzelne wirtschaftsstrafrechtlich bedeutsame Treueverhältnisse	755
IV. Der Vermögensschaden	761
1. Allgemeines	761
2. Ökonomischer bzw. juristisch-ökonomischer Vermögensbegriff	764
3. Persönlicher Schadenseinschlag	765
4. Zweckverfehlung	766
5. Die Vermögensgefährdung	767
6. Schwarze Kassen; Kick-Back	770
7. Vollendung und Beendigung	773
V. Rechtfertigungsgründe	773
VI. Der Vorsatz; Irrtumsfragen	774
1. Gegenstand des Vorsatzes	774
2. Tatbestands- und Verbotsirrtum	775
VII. Täterschaft und Teilnahme	776
1. Sonderdelikt; Täterschaft	776
2. Anstiftung und Beihilfe	777
3. Organ- und Vertreterhaftung, § 14 StGB	777
4. Unterlassungen	777
VIII. Strafzumessung; der besonders schwere Fall der Untreue	778
1. Strafzumessung	778
2. Die besonders schweren Fälle der Untreue	779
IX. Konkurrenzen	780
X. Strafprozessuale Fragestellungen	781
1. Strafantrag	781
2. Verjährung	782
3. Zuständigkeit des Gerichts	782
4. Nebenklage	782
5. Täter-Opfer-Ausgleich	782
6. Verständigung	783
7. Adhäsionsverfahren	783
8. Anforderungen an Anklageschrift	783

Kapitel 6. Bank- und Kapitalmarktstrafrecht

§ 20 Banking & Finance (<i>Altenhain</i>)	785
I. Einleitung	787

II. Regulierungsverstöße	788
1. Handeln ohne Erlaubnis oder Registrierung	789
2. Verbotene Geschäfte	797
3. Unzureichendes Risikomanagement	797
4. Verstoß gegen die Insolvenzmeldepflicht	801
III. Straftaten im Rahmen erlaubter Geschäftstätigkeit	801
1. Straftaten durch Unternehmensangehörige	803
2. Straftaten durch Kunden	838
§ 21 Marktmissbrauch (<i>Hohn</i>)	845
I. Einführung und aktuelle Entwicklung	850
1. Marktmanipulationsverordnung und Marktmanipulationsrichtlinie ...	850
2. Wesentliche inhaltliche Neuerungen gegenüber dem alten Recht ...	852
3. Fortgeschriebene und neue legislative Defizite	858
II. Gemeinsamkeiten der Verbote des Marktmissbrauchs	873
1. Rechtsgut	874
2. Deliktsstruktur	876
3. Räumlicher Anwendungsbereich des Kapitalmarkt(straf)rechts	878
4. Gemeinsame Tatbestandsmerkmale	880
5. Irrtümer	887
III. Insiderdelikte	888
1. Tatbestände	888
2. Tatbestandsmerkmale	890
3. Praxisrelevante Fallgruppen	926
IV. Marktmanipulation	945
1. Tatbestände	945
2. Tatbestandsmerkmale	953
3. Praxisrelevante Fallgruppen	978
§ 22 Bilanzstrafrecht außerhalb der Krise (<i>Momsen/Laudien</i>)	999
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1001
II. Bilanzstrafrecht iES und Insolvenzstrafrecht	1003
III. Bilanzstrafrecht iES und Kapitalmarktstrafrecht	1003
IV. Allgemeines	1004
1. Der Ausgangspunkt – Das Bilanzrecht des HGB	1005
2. Die Finanzberichterstattungs- und Bekanntmachungspflichten des WpHG	1008
3. Die Systematik des Bilanzstrafrechts (außerhalb der Krise)	1010
4. Täterkreis/Das faktische Organ	1011
5. Praktische und kriminalpolitische Bedeutung	1012
V. Unrichtige Darstellung und Verschleierung der Verhältnisse, Offenlegung und falscher Bilanzzeit – §§ 331 ff. HGB	1013
1. Praktische Bedeutung und Wortlaut der Normen	1013
2. Struktur der Vorschriften	1014
3. Tatbestandsmäßige Handlungen	1016
4. Tatobjekte – (Finanzielle) Rechnungslegungsunterlagen und nichtfinanzielle Erklärung	1021
5. Vorsatz und Irrtum	1024
6. Vollendung und Beendigung	1025
7. Rechtswidrigkeit	1025
8. Unterlassen	1026
9. Konkurrenzen	1026
VI. Unrichtige Darstellung und Verschleierung – Spezialtatbestände	1026
1. Gründungsschwindel – §§ 82I GmbHG, 399 AktG	1026

2.	Geschäftslagetäuschung – §§ 82 Abs. 2 Nr. 2 GmbHG, 400 Abs. 1 Nr. 1 AktG, 147 Abs. 2 Nr. 1 GenG	1037
3.	Falsche Angaben gegenüber Prüfern – §§ 400 Abs. 1 Nr. 2 AktG, 147 Abs. 2 Nr. 2 GenG, 17 Nr. 4 PublG	1039
VII.	Die Verletzung der Berichtspflicht durch Wirtschaftsprüfer und ihre Gehilfen – §§ 332 HGB, 403 AktG, 150 GenG, 18 PublG	1040
1.	Allgemeines	1040
2.	Taugliche Täter	1040
3.	Tatbestandsbestandsmäßige Handlungen	1041
4.	Konkurrenzen	1041
VIII.	Bußgeldtatbestände – §§ 334 HGB, 120 WpHG	1041
1.	Allgemeines	1041
2.	Tatbestandsmäßige Handlungen	1042
3.	Zur Ahndungspraxis (der BaFin)	1043
§ 23	Aufsichts-, Ermittlungs- und Sanktionsbefugnisse der Finanzmarktaufsicht (<i>Laudien</i>)	1044
I.	Einleitung	1045
1.	Aufbau und Struktur der Finanzmarktaufsicht	1046
2.	Abgrenzung zwischen Aufsichts-, Bußgeld- und Strafverfahren	1048
3.	Zur Verfolgungs- und Ahndungspraxis	1050
II.	Aufsichts-, Ermittlungs- und Sanktionsbefugnisse der BaFin	1050
1.	Dogmatische Einordnung	1051
2.	Zu den einzelnen Befugnissen (Übersicht)	1053
3.	Informationsrechte und -pflichten (Mitteilungspflichten)	1058
III.	Besonderheiten im Bußgeldverfahren der BaFin (Wertpapieraufsicht)	1059
1.	Settlement im Bußgeldverfahren	1059
2.	Bußgeldfestsetzung nach Maßgabe der WpHG-Bußgeldleitlinien II	1060
Kapitel 7. Kartellrecht und Wettbewerbsschutz		
§ 24	Kartellrecht (<i>Wrede/Theurer/Prechtel/Schulz</i>)	1062
I.	Einleitung und aktuelle Entwicklung	1065
II.	Grundlagen des Wettbewerbsrechts	1066
1.	Das allgemeine Kartellverbot	1066
2.	Praxisrelevante Konstellationen des Kartellverbots	1070
3.	Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	1078
4.	Boykott	1082
III.	Sanktionen	1083
1.	Grundsätze	1083
2.	Bußgeldbemessung für Unternehmen und Unternehmensvereinigungen	1088
3.	Sanktionsbemessung für natürliche Personen nach dem GWB	1093
4.	Strafrechtliche Sanktionen für natürliche Personen	1093
5.	Zivilrechtliche Haftungsrisiken für natürliche Personen	1093
IV.	Kartellverfahrensrecht	1094
1.	Anwendbares Kartellverfahrensrecht und Kartellbehörden	1094
2.	Auslöser von Kartellverfahren	1095
3.	Ermittlungsbefugnisse der Kartellbehörden	1100
4.	Verteidigungsrechte der betroffenen Unternehmen und natürlichen Personen	1107
5.	Vergleichs- oder „Settlement“-Verfahren	1112
6.	Behördenentscheidung und Rechtsschutz	1114

V. Kartellrechts-Compliance – Grundlagen kartellrechtlichen Risikomanagements	1117
1. Wesen der Kartellrechts-Compliance	1117
2. Rechtspflicht zur Kartellrechts-Compliance und Relevanz	1118
3. Inhalt der Kartellrechts-Compliance	1119
§ 25 Kartellrechtliche Schadensersatzansprüche (<i>Kredel/Brueckner</i>)	1128
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1128
II. Grundlagen zur Durchsetzung kartellrechtlicher Schadensersatzansprüche	1129
1. Kartellrechtsverstoß	1129
2. Kartellbetroffenheit	1130
3. Konkreter Schaden	1132
4. Herausgabeansprüche	1133
III. Gesamtschuldnerische Haftung, Gesamtschuldnerausgleich und Verjährung	1134
1. Gesamtschuldnerische Haftung	1134
2. Gesamtschuldnerausgleich	1134
3. Verjährung	1134
IV. Systematischer Umgang mit kartellrechtlichen Schadensersatzansprüchen	1135
1. Monitoring	1136
2. Vorhalt und Organisation von Einkaufs-/Verkaufsdaten	1136
3. Schadenskalkulation	1137
4. Gerichtliche Auseinandersetzung vs. Vergleich	1137
5. „Forum Shopping“	1138
§ 26 Gewerblicher Rechtsschutz – UWG (<i>Heghmanns</i>)	1140
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1141
II. Informationsweitergabe oder -nutzung durch eigene Mitarbeiter	1144
1. Der Verrat durch Geheimnisträger (§ 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG) ..	1144
2. Verrat durch innerbetriebliche Nichtgeheimnisbesitzer	1154
3. Verwertung durch Mitarbeiter	1155
4. Taktische Hinweise	1155
III. Spionage durch Außenstehende	1156
1. Spionage	1156
2. Nutzung des Geheimnisses	1156
3. Taktische Hinweise	1157
IV. Strafbare irreführende Werbung (§ 16 Abs. 1 UWG)	1158
1. Sektorale Sonderregelungen außerhalb des UWG	1158
2. Verbotsinhalt von § 16 Abs. 1 UWG	1159
3. Weitere Strafverfolgungsvoraussetzungen	1164
4. Taktische Hinweise	1164
V. Progressive Kundenwerbung (§ 16 Abs. 2 UWG)	1165
1. Anwendungsfeld der Strafvorschrift	1165
2. Adressat und Geschäftsmäßigkeit der Werbung	1166
3. Verbotene Methoden	1167
4. Täterschaft, Vorsatz, Verbotskenntnis	1169
5. Weitere Straftatbestände	1169
6. Weitere Strafverfolgungsvoraussetzungen	1169
7. Taktische Hinweise	1170

§ 27 Strafbare Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums (außerhalb des UWG) (<i>Koch</i>)	1171
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1171
1. Internationaler Rechtsrahmen und europäische Harmonisierung	1173
2. Praktische Bedeutung der Strafvorschriften	1173
II. Übersicht über die Strafvorschriften zum Schutz des geistigen Eigentums	1175
1. Grunddelikte	1175
2. Qualifikation durch gewerbsmäßiges Handeln	1179
3. Versuchsstrafbarkeit	1180
4. Strafantragerfordernis	1180
5. Einziehung	1181
6. Anordnung der öffentlichen Bekanntmachung der Verurteilung	1182

Kapitel 8 Insolvenzstrafrecht

§ 28 Insolvenzstrafrecht (<i>Rotsch/Wagner</i>)	1183
I. Einführung: Begriff des Insolvenzstrafrechts, seine Stellung im Rechts- und Wirtschaftssystem und praktische Bedeutung	1192
1. Begriff des Insolvenzstrafrechts	1192
2. Stellung des Insolvenzstrafrechts in der Gesamtrechtsordnung	1193
3. Rechtsstatsächliche Bedeutung und kriminologische Aspekte	1196
II. Materielles Insolvenzstrafrecht	1197
1. Insolvenzverschleppung, § 15a InsO	1199
2. Bankrott, § 283 StGB	1227
3. Verletzung der Buchführungspflicht, § 283b StGB	1274
4. Gläubigerbegünstigung, § 283c StGB	1276
5. Schuldnerbegünstigung, § 283d StGB	1279
6. Strafbarkeit gem. § 2 BauFordSiG	1282
III. Besonderheiten weiterer typischerweise im Zuge der Insolvenz begangener Delikte	1286
1. Falsche Versicherung an Eides statt, § 156 StGB	1287
2. Unterschlagung, § 246 StGB	1287
3. Betrug, § 263 StGB	1287
4. Betrugsnahe Delikte und weitere Betrugskonstellationen	1288
5. Untreue	1288
6. Vorenthalten von Sozialversicherungsbeiträgen, § 266a StGB	1288
7. Steuerhinterziehung, § 370 AO	1289
IV. Prozessuale und außerstrafrechtliche Aspekte	1289
1. Ermittlungsanlässe	1289
2. Zusammenarbeit mit anderen Institutionen	1290
3. Durchsuchung und Beschlagnahme beim Beschuldigten	1290
4. Beweisverwendungsverbot	1291
5. Strafverfolgungsverjährung	1292
6. Wahlfeststellung	1292
7. Beteiligung des Insolvenzverwalters am Strafverfahren	1293
8. Außerstrafrechtliche Konsequenzen	1293
9. Anfechtung von Geldstrafen und anderen strafverfahrensbezogenen Zahlungen durch den Insolvenzverwalter	1294
V. Praktische Hinweise	1296
1. Staatsanwaltschaft	1296
2. Gericht	1296
3. Verteidigung	1297

4. Notar	1297
5. Berater	1298
6. Insolvenzverwalter	1298
Kapitel 9. Korruptionsbekämpfung	
§ 29 Korruptionsprävention (<i>Schmittmann/Schürmann</i>)	1299
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1301
II. Korruptionsprävention als unternehmerische Aufgabe	1303
III. Ausgestaltung und Implementierung eines unternehmensinternen Compliance-Programms zur Korruptionsprävention	1305
1. Standards	1305
2. Risikoanalyse als Grundlage jedes Compliance-Programms zur Korruptionsprävention	1307
3. Organisation	1308
4. Regelwerk	1310
5. Kommunikation	1319
6. Prozesse, Monitoring und Kontrolle	1324
7. Weiterentwicklung des Compliance-Programms zur Korruptionsprävention und Einbettung in das allgemeine Compliance-Programm des Unternehmens	1332
§ 30 Korruption – Strafrecht, Zivilrecht, Steuerrecht, Vergaberecht (<i>Grützner/Behr/Cordes</i>)	1334
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1342
II. Allgemeines	1343
1. Begriff der Korruption	1343
2. Ausmaß von Korruption – Studien und Statistiken	1344
3. Schäden durch Korruption	1349
III. Materielles Strafrecht	1350
1. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 Abs. 1 und 2 StGB)	1351
2. Korruption im Zusammenhang mit Amtsträgern (§§ 331 bis 337 StGB)	1366
3. Praxisprobleme	1386
4. Weitere relevante Tatbestände	1425
5. Geäußerte Kritik an der Rechtslage in Deutschland	1429
IV. Zivilrechtliche Folgen von Korruption	1433
1. Vorbemerkung	1433
2. Verhältnis zwischen Bestechendem und Bestochenem	1434
3. Verhältnis zwischen den Vertragspartnern	1436
4. Verhältnis zwischen Arbeitgeber und bestochenem Mitarbeiter	1446
5. Verhältnis zwischen dem Unternehmen des Bestochenen und dem Bestechenden	1452
6. Ansprüche des Unternehmens des Bestechenden gegenüber eigenen Mitarbeitern oder Organwaltern	1453
7. Schadensersatzansprüche von Wettbewerbern	1455
8. Aufklärungs- und Auskunftspflichten im Falle von Schmiergeldzahlungen	1458
9. Sonderfall: Einschaltung von Vertriebsmittlern	1465
V. Steuerrecht	1469
1. Allgemeines	1469
2. Mittel des Steuerrechts zur Korruptionsprävention	1469

VI. Vergaberecht	1473
1. Allgemeines	1473
2. Korruption oberhalb der gemeinschaftlichen Schwellenwerte	1474
3. Korruption unterhalb der gemeinschaftsrechtlichen Schwellenwerte	1475
4. Vergaberechtliche Rechtsfolgen einer Manipulation des Vergabeverfahrens	1476
5. Zivilrechtliche Rechtsfolgen einer Umgehung des Vergaberechts	1482
6. Mittel zur Korruptionsprävention im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe	1482
§ 31 Korruption im Gesundheitswesen (<i>Krüger</i>)	1484
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1485
II. Anwendbare Straftatbestände und sonstiges Recht	1485
III. Drittmittelinwerbung	1486
IV. Korruption im Gesundheitswesen	1487
1. Allgemeines	1487
2. Verfassungsrechtliche Aspekte von §§ 299a, 299b StGB	1488
3. Tatbestandliche Aspekte von §§ 299a, 299b StGB	1491
4. Rechtswidrigkeit und Schuld	1494
5. Verhältnis zu §§ 299, 331 ff. StGB	1495
V. Korruptionsprävention bei §§ 299a, 299b StGB	1495
VI. Berufs- und Standes- bzw. Beamten- und Disziplinarrecht	1496
§ 32 Sponsoring und Strafrecht – Ein Überblick anhand von Beispielen (<i>Voigtel</i>) ...	1498
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1499
II. Beispiele	1501
1. Sponsoring und Untreue – BGHSt 47, 187	1501
2. Drittmittelforschung, insbesondere „Pharmasponsoring“	1503
3. Einladungssponsoring – Der Fall EnBW	1505
4. Schulfotografie – Sponsoring und Bestechung von Amtsträgern	1507
5. Fußballsponsoring und Akquise – Sponsoring und Bestechung im geschäftlichen Verkehr	1509
III. Fazit	1511
§ 33 Der U.S.-amerikanische Foreign Corrupt Practices Act (<i>Yannett/Schürle</i>)	1513
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1519
II. Entstehungsgeschichte des FCPA	1520
III. Überblick über die Bestimmungen des FCPA	1522
1. Antikorruptionsbestimmungen	1522
2. Ausnahmen und Befreiungen von den Antikorruptionsbestimmungen	1532
3. Rechnungslegungs- und interne Kontrollbestimmungen	1535
4. Der FCPA-Vollzug	1542
IV. Vollzugsfälle der letzten Jahre	1558
1. 2014 – Alstom, PetroTiger, und Alcoa	1559
2. 2015 – BHP Billiton, BNY Mellon, und Hoskins	1560
3. 2016 – VimpelCom, Embraer, Odebrecht/Braskem, Och Ziff, Teva, Qualcomm und JP Morgan	1562
4. 2017 – Linde, CDM Smith, Rolls-Royce, Telia, SBM Offshore, Keppel, Biomet, Orthofix, Halliburton, Strafverfahren gegen natürliche Personen, und FIFA	1571
5. 2018 – Panasonic, Société Générale, Kinross Gold, Dun and Bradstreet, und Petrobras	1577
6. 2019 – Cognizant, Walmart, Fresenius, Telefônica Brasil S.A.	1579

§ 34 UK Bribery Act 2010 (<i>Grützner/Behr</i>)	1581
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1581
II. Die Straftatbestände des Bribery Act	1582
1. Bestechung und Bestechlichkeit	1582
2. Bestechung ausländischer Amtsträger (§ 6 UKBA)	1584
3. Strafbarkeit von Unternehmen nach dem Bribery Act	1584
III. Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption (§ 7 Abs. 2 UKBA)	1586
1. Angemessene Prozesse und Kontrollen (Proportionate procedures) ..	1587
2. Verpflichtung der Führungsebene (Top-level Commitment)	1587
3. Risikobewertung (Risk Assessment)	1587
4. Sorgfältige Auswahl und Überwachung (Due Diligence)	1588
5. Kommunikation (Communication)	1588
6. Überwachung und Überprüfung (Monitoring and Review)	1589
IV. Extra-territoriale Geltung des Bribery Act	1589
V. Mögliche Strafen und andere Folgen	1590
1. Allgemeine Sanktionsdrohungen	1590
2. Deferred Prosecution Agreements	1590
VI. Weitere Entwicklungen	1592

Kapitel 10. Wirtschaftsstrafrecht in Sondergebieten

§ 35 Arbeitsstrafrecht (<i>F. Meyer/M. Meyer</i>)	1593
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1595
II. Grundstrukturen des Arbeitsstrafrechts	1597
III. Die Begründung des Arbeitsverhältnisses	1602
1. Menschenhandel, § 232 StGB	1602
2. Wucher, § 291 StGB	1603
3. Illegale Beschäftigung	1605
4. Illegale Arbeitnehmerüberlassung	1613
IV. Die Durchführung des Arbeitsverhältnisses	1619
1. Sozialversicherungsrechtliche Abgabepflichten und Arbeitsförderung	1619
2. Gewährleistung gesetzlicher und tariflicher Arbeitsbedingungen	1634
3. Betriebsratsbezogene Strafbarkeit	1642
§ 36 Arznei- und Lebensmittelstrafrecht (<i>Krüger/Wengenroth</i>)	1645
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1646
1. Vorschlag eines Produktstrafrechts	1647
2. Europäisierung des Arznei- und Lebensmittelstrafrechts	1647
3. Abgrenzung von Arznei- und Lebensmitteln	1647
II. Arzneimittelstrafrecht	1649
1. Begriff und Rechtsquellen des Arzneimittelstrafrechts	1649
2. Strafvorschriften aus dem Kernstrafrecht	1649
3. Strafvorschriften des Arzneimittelgesetzes	1657
4. Weitere Strafvorschriften	1658
III. Lebensmittelstrafrecht	1662
1. Allgemeines	1662
2. Blankettstrafgesetzgebung	1663
3. Strafvorschriften des allgemeinen Strafrechts	1663
4. Strafvorschriften aus dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch ..	1664
5. Weitere Straf- und Bußgeldvorschriften	1666
6. Berufsverbot (§ 70 StGB)	1667

§ 37 Außenwirtschaftsstrafrecht (<i>F. Meyer/S. D. Hüttemann</i>)	1669
I. Grundlagen und aktuelle Entwicklungen des Außenwirtschaftsrechts	1670
II. Außenwirtschaftsstrafrecht	1673
1. Überblick	1673
2. Strafbare Verstöße gegen Waffenembargos gem. § 17 AWG	1675
3. Strafbare Verstöße gem. § 18 AWG	1682
4. Täterschaft, Teilnahme und Versuchsstrafbarkeit	1693
5. Vorsatz und Irrtümer	1694
6. Räumlicher und zeitlicher Geltungsbereich	1695
7. Ordnungswidrigkeiten gem. § 19 AWG	1697
8. Konkurrenzen	1700
9. Strafzumessung	1700
10. Nebenfolgen	1701
III. Compliance	1701
§ 38 Geldwäschestrafrecht (<i>Boerger</i>)	1704
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1706
II. Grundstrukturen des Geldwäscherechts	1709
III. Geldwäsche, § 261 StGB	1710
1. Objektiver Tatbestand	1711
2. Subjektiver Tatbestand	1732
3. Persönlicher Strafaufhebungsgrund (Abs. 9 S. 1)	1736
4. Versuch, Täterschaft und Teilnahme, Rechtsfolgen und Konkurrenzen	1738
IV. Wirtschaftsstrafrechtlich relevante Fallgruppen	1739
1. Geldwäschestrafbarkeit von Unternehmensleitern und Beauftragten	1739
2. Geldwäschestrafbarkeit von Mitarbeitern in Risikopositionen (zB Bankangestellte)	1741
3. Geldwäschestrafbarkeit von Strafverteidigern und sonstigen Rechtsberatern (Rechtsanwälte, Steuerberater und Insolvenzverwalter)	1742
4. Geldwäsche im Rahmen der Erbringung von Finanzdienstleistungen zum Vermögenstransfer (Geldwechsel, Geldtransfersgeschäfte, E-Geld, Hawala-Systeme)	1744
5. Geldwäsche in der Glücksspielbranche	1746
6. Geldwäsche in der Güterhandlung und Maklergeschäft (hochwertige Güter, Immobilien und Barzahlungsgeschäfte)	1746
7. Geldwäsche im Konzern	1748
§ 39 Kriegswaffenkontrollrecht (<i>Heinrich</i>)	1750
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1751
1. Im Blickpunkt – aktuelle Verfahren und Diskussion	1751
2. Einleitende Bemerkungen	1752
II. Der Begriff der Kriegswaffe	1755
1. Enumerative Auflistung in der Kriegswaffenliste	1755
2. Vollständigkeit und Funktionsfähigkeit	1756
3. Die Kriegswaffeneigenschaft von Bausätzen	1758
4. Vorsatz und Irrtumsfragen	1759
III. Die Genehmigung im Kriegswaffenrecht	1760
1. Freistellung von der Genehmigungspflicht	1760
2. Die Genehmigung als (negatives) Tatbestandsmerkmal	1762
3. Genehmigungsfähiges, aber nicht genehmigtes Verhalten	1763
4. Die erschlchene Genehmigung	1763
IV. Strafvorschriften gegen Atomwaffen	1764

V. Strafvorschriften gegen biologische und chemische Waffen	1767
VI. Strafvorschriften gegen Antipersonenminen und Streumunition	1768
VII. Strafvorschriften gegen konventionelle Kriegswaffen	1770
1. Herstellen (§ 22a Abs. 1 Nr. 1 KrWaffG)	1770
2. Erwerben und Überlassen (§ 22a Abs. 1 Nr. 2 KrWaffG)	1771
3. Befördern (§ 22a Abs. 1 Nr. 3 KrWaffG)	1772
4. Einführen, Ausführen, Durchführen (§ 22a Abs. 1 Nr. 4 KrWaffG) ..	1773
5. Befördern mit deutschen Seeschiffen oder Luftfahrzeugen (§ 22a Abs. 1 Nr. 5 KrWaffG)	1775
6. Ausüben der tatsächlichen Gewalt (§ 22a Abs. 1 Nr. 6 KrWaffG)	1776
7. Vermitteln eines Vertrages (§ 22a Abs. 1 Nr. 7 KrWaffG)	1777
8. Besonders schwere und minder schwere Fälle (§ 22a Abs. 2, 3 KrWaffG)	1779
9. Fahrlässigkeitsstrafbarkeit (§ 22a Abs. 4 KrWaffG)	1780
10. Persönlicher Strafaufhebungsgrund (§ 22a Abs. 5 KrWaffG)	1780
VIII. Ordnungswidrigkeiten	1780
IX. Konkurrenzen/Strafzumessung	1781
X. Strafverfahrensrechtliche Besonderheiten	1782
§ 40 Produkthaftung und Strafrecht – Strafrechtliche Haftung für Betriebsunfälle und Schäden beim Bau (<i>Vöigtel</i>)	1784
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1786
II. Einführung in das „Produktstrafrecht“	1788
III. Kernfälle und Kernprobleme	1790
1. Sorgfaltsmaßstäbe	1790
2. Verantwortlichkeit mehrerer Personen auf derselben und unterschiedlichen Ebenen	1801
3. Feststellung der konkreten Verursachung – Kausalitätsfragen	1808
4. Zeitlicher Ablauf der Schadensentwicklung – Verjährung	1813
IV. Strafrechtliche Gefährdungstatbestände und ausgewählte Ordnungswidrigkeiten	1815
V. Prozessuale Besonderheiten und Hinweise	1818
1. Zum Umgang mit Sachverständigen	1819
2. Zu einvernehmlichen Verfahrenserledigungen	1820
§ 41 Umweltstrafrecht (<i>Ventura-Heinrich</i>)	1822
I. Einleitung und aktuelle Entwicklung	1823
II. Allgemeine Probleme des Umweltstrafrechts	1824
1. Kriminalstatistik	1824
2. Verantwortlichkeit von Organen einer juristischen Person	1825
3. Rechtsgut und Systematik der §§ 324 ff. StGB	1826
4. Probleme im Zusammenhang mit dem Allgemeinen Teil	1830
III. Einzelne Umweltdelikte	1835
1. Gewässerverunreinigung, § 324 StGB	1835
2. Bodenverunreinigung, § 324a StGB	1836
3. Luftverunreinigung, § 325 StGB	1836
4. Verursachen von Lärm, Erschütterungen und nichtionisierenden Strahlen, § 325a StGB	1837
5. Unerlaubter Umgang mit Abfällen, § 326 StGB	1837
6. Unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen und anderen gefährlichen Stoffen und Gütern, § 328 StGB	1839
7. Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete, § 329 StGB	1839
IV. Strafprozessuale Hinweise	1840

Kapitel 11 Steuerstrafrecht

§ 42 Steuerstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht (<i>Cordes</i>)	1841
I. Einleitung	1845
1. Rechtsgrundlagen	1846
2. Geschütztes Rechtsgut	1848
3. Ablauf eines Steuerstrafverfahrens	1848
II. Steuerstraftaten (§§ 369 ff. AO)	1853
1. Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	1854
2. Weitere Steuerstraftaten	1882
III. Steuerordnungswidrigkeiten (§§ 377 ff. AO)	1889
1. Leichtfertige Steuerverkürzung (§ 378 AO)	1889
2. Weitere Steuerordnungswidrigkeiten	1893
IV. Amts- und Rechtshilfe/Auslandsermittlungen	1903
1. Schweiz	1903
2. Liechtenstein	1904
Stichwortverzeichnis	1905



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG